

Nr. 20/124

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wohnungsbau in Bremen – Status quo und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/188](#))
2. Demokratie muss Schule machen: Wie kann Demokratie im Kindertagesstätten- und Schulalltag unmittelbarer erlebt, praktiziert und vermittelt werden?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Dezember 2019
(Drucksache [20/212](#))

Nr. 20/125

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Februar 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes
Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/252](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
2. Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland
Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/254](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Zustimmungsgesetz zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 23. RÄStV)
Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2020
(Drucksache [20/227](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
4. Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt über die Fortentwicklung der Bürgermedien gemäß § 45 Absatz 3 Bremisches Landesmediengesetz
Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/264](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt Kenntnis.

5. Bericht und Antrag über die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo, Norwegen

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. Februar 2020
(Drucksache [20/267](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft und den weiteren Anlagen Kenntnis.

6. Ein Zeichen für die Westsahara setzen – weiterhin Flagge zeigen für eine friedliche Lösung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/269](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, in der 20. Legislaturperiode wird das Haus der Bürgerschaft jeweils am 27. Februar mit der Flagge der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) beflaggt.

Nr. 20/126

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Im Gedenken an die Opfer und Hinterbliebenen von Hanau –
gemeinsam rechten Terror bekämpfen und Rassismus
zurückdrängen“.**

Nr. 20/127

Zugang zu assistierter Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch endlich erleichtern!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. Februar 2020
(Drucksache [20/281](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 20/128

Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Neufassung der Drucksache [20/182](#) vom 26. November 2019)
(Drucksache [20/274](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (federführend) und die staatliche Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz.

Nr. 20/129

Fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich beschließen und Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/197](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Blockadehaltung gegenüber der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aufgegeben und schnellstmöglich Wege gefunden werden, die europäischen Schutzstandards zu vereinheitlichen,
2. eine Bundesratsinitiative anzustoßen, um das Verbandsklagerecht in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz für Antidiskriminierungsverbände aller Diskriminierungstatbestände und aller Lebensbereiche, Gewerkschaften und Vertretungen von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei allen Verstößen gegen das Gesetz einzuführen. Ferner sollen die derzeitigen Verfahrensfristen von nur zwei Monaten deutlich erweitert werden,
3. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die unternommenen Bemühungen zu berichten.

Nr. 20/130

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 19. August 2019
(Neufassung der Drucksache [20/11](#) vom 18. Juli 2019)
(Drucksache [20/33](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/131

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/270](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 20/132

Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/253](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/133

Medizinische Zwangsmaßnahmen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen: Beenden, aufarbeiten und entschädigen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/180](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine psychologische und peerbasierte Beratung für Menschen mit Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale beziehungsweise deren Eltern in Bremischen Krankenhäuser und Kliniken systematisch und einheitlich einzuführen;
2. dafür zu sorgen, dass die S2k-Leitlinie „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ in den Bremer Krankenhäusern so umgesetzt wird, dass operative Maßnahmen bei (noch) nicht einwilligungsfähigen Kindern ausschließlich bei anatomisch begründeten medizinischen Problemen zulässig sind;
3. sich auf Bundesebene für die Entschädigung intersexueller Personen einzusetzen, die Genitaloperationen ohne medizinische Notwendigkeit unterzogen wurden;
4. sich auf Bundesebene für die Entschädigung der Menschen einzusetzen, die durch das Transsexuellengesetz zu einer Scheidung oder zu einer Sterilisation beziehungsweise Operation gezwungen wurden;
5. dafür zu sorgen, dass medizinisches Personal in Bremischen Krankenhäusern und Kliniken eine geschlechtersensible Ausbildung jenseits zweigeschlechtlicher Stereotypen bekommt.

Nr. 20/134

Reiserecht ändern – Kundinnen und Kunden besser schützen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/194](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des bestehenden Reiserechts mit den folgenden Zielen einzusetzen:

1. Die Haftung der Insolvenzversicherung soll zukünftig nicht mehr auf 110 Millionen Euro gedeckelt, sondern dem tatsächlichen Geschäftsvolumen angepasst werden, um die Risiken der Reisenden künftig in voller Höhe abzudecken.
2. Für direkt gebuchte Flüge von Luftfahrtunternehmen, die in Deutschland einen Flug antreten oder beenden, soll eine Insolvenz-Absicherungspflicht im Sinne des § 651r BGB eingeführt werden.

3. Der Mindestpreis, ab dem Tagesreisen als „Pauschalreisen“ im Sinne des Reiserechts gelten, soll deutlich gesenkt werden, um der gebotenen Schutzfunktion gerade für ältere Reisende angemessen nachzukommen.

Nr. 20/135

Für gesunde Ernährung, gegen den Klimawandel: Aktionsplan 2025 auch an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven zügig erstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/196](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit dem Studierendenwerk Bremen Verhandlungen zu führen, wie und in welchem Zeitrahmen sich der Aktionsplan auch auf die Mensen an den Hochschulen ausweiten lässt. Ziel ist dabei die Umstellung auf die gleichen Kriterien zur Beschaffung, die auch für Schulmensen in Bremen gelten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) darzulegen, welche Mehrkosten entstehen, wenn bei der Beschaffung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse die gleichen Kriterien, die für Schulmensen in Bremen gelten, angewandt werden, also mindestens nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen, und in welcher Höhe der Zuschuss des Landes an das Studierendenwerk zur Umsetzung erhöht werden müsste,
 - b) aufzuzeigen, wie in den Speiseplänen des Studierendenwerkes Bremen und an den Essenausgabestellen der Mensen transparent und nachvollziehbar die Herkunft und die Erzeugungsbedingungen der tierischen Produkte bei den jeweiligen aktuellen Essensangeboten dargelegt werden kann,
 - c) der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz sowie dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sechs Monate nach Beschlussfassung über den aktuellen Stand der Umsetzung zu berichten.

Nr. 20/136

Lebensmittelverschwendung bekämpfen, Containern entkriminalisieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. Dezember 2019
(Neufassung der Drucksache [20/198](#) vom 3. Dezember 2019)
(Drucksache [20/221](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Mitantragsstellung Bremens zu der Entschließung des Bundesrats zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung durch Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Abgabe an gemeinnützige Organisationen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit dem Lebensmittelhandel und anderen gesellschaftlichen Akteuren, wie den Tafeln im Land Bremen und den Initiativen Foodsharing Bremen und Foodsharing Bremerhaven, in Gespräche einzutreten, ob und wie der Lebensmittelverschwendung entgegengetreten werden kann. Dabei ist auf positive Beispiele aus dem Bremer Einzelhandel Bezug zu nehmen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene darüber hinaus dafür einzusetzen, dass zukünftig die Aneignung entsorgter Lebensmittel keine Straftat mehr darstellt.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur Änderung der Rechtslage darauf hinzuwirken, dass die Staatsanwaltschaft in Verfahren wegen des Diebstahls weggeworfener Lebensmittel in der Regel gemäß § 153 StPO wegen Geringfügigkeit von der Verfolgung absieht und ein besonderes öffentliches Interesse an der Verfolgung gemäß § 248a StGB grundsätzlich ablehnt. Dies soll nicht gelten für Fälle des „Containerns“, bei denen auch ein Hausfriedensbruch vorliegt, der über die Überwindung eines physischen Hindernisses ohne Entfaltung eines wesentlichen Aufwands hinausgeht oder gleichzeitig den Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllt.

Nr. 20/137

Fragestunde

1. Bremer Wasserkraftwerk – Treibgut bleibt, Fische sterben?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
 2. Unternimmt Bremen genug gegen Wohnungseinbrüche?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
 3. Hochwasserschutz am Zoo am Meer in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2020
 4. Studiengang Palliative Care
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2020
 5. Kampf gegen Kindesmissbrauch im Netz – Wie gut ist Bremen auf die Gesetzesänderungen des Bundes (BT-Drucksache: 19/13836) vorbereitet?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 24. Januar 2020
 6. Abstandsregelung für Windkraftanlagen
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Januar 2020
 7. Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 29. Januar 2020
 8. Finanzierung des Landesmindestlohnes bei Arbeitsförderungsmaßnahmen
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 29. Januar 2020
 9. Mietkostenübernahme im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 30. Januar 2020
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Medikamentenengpässe in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 30. Januar 2020

11. Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2020
12. Berücksichtigung religiöser Belange bei der qualifizierten Leichenschau
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2020
13. Pflegekinder in Bremen GmbH/Kinder im Exil
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 10. Februar 2020
14. Auskünfte aus dem Fahrzeugregister
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. Februar 2020
15. Einigung auf Länderebene – Was bedeutet die Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrags für Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. Februar 2020
16. Umsetzungsstand des Sonderprogramms „Fachkräftesicherung in der Alten-Pflege“ mit 30 Plätzen für Geflüchtete, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2020
17. Welche Landesaufgaben nimmt der neue Senatsrat/die neue Senatsrätin „Schulbau“ wahr?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 13. Februar 2020
18. Cytotec – Umstrittenes Medikament bei der Geburtshilfe
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Februar 2020
19. Regelabfragen beim „kleinen Waffenschein“
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/138

Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Jugendhilfe deutlich reduzieren!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/263](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Kostenbeiträge von Jugendlichen und jungen Volljährigen für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen nach SGB VIII sehr deutlich, möglichst auf 25 Prozent gegenüber den derzeit geltenden 75 Prozent, abgesenkt werden;

2. sich auf der Bundesebene für eine entsprechende Überarbeitung der Regelungen in anderen Sozialgesetzbüchern (zum Beispiel SGB II) einzusetzen, um Härten für Rechtskreiswechsler nach dem Ausscheiden aus der Jugendhilfe beziehungsweise bei Beendigung der „Hilfen für junge Volljährige“ zu vermeiden;
3. sich im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter dafür einzusetzen, dass die aktuelle Rechtsprechung in die Empfehlungen einfließt;
4. in Bremen dafür Sorge zu tragen, dass Ermessensspielräume bei der Höhe der Kostenbeiträge im Interesse der Jugendlichen genutzt werden;
5. dem Jugendhilfeausschuss sowie der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Prozess der Reform des SGB VIII sowie die Positionierung des Landes Bremen vor allem in der Frage der Kostenheranziehung junger Menschen bei neuen Erkenntnissen zu berichten.

Nr. 20/139

Nach der Neufassung der EU-Entsenderichtlinie: Anforderungen an die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/149](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2020 (Drucksache [20/230](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/140

Rückkehr zur Meisterpflicht

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/171](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2020 (Drucksache [20/224](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/141

Debattenkultur in der Bremischen Bürgerschaft

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 10. Februar 2020
(Drucksache [20/262](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/142

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 5

vom 21. Februar 2020
(Drucksache [20/284](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/143

Den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa angemessen würdigen – Gesetz zur staatlichen Anerkennung des Tags der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa als Gedenktag

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 12. Februar 2020
(Drucksache [20/268](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa zum bundesweit einheitlichen Feiertag bestimmt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/144

Kinder in queeren Familien besser absichern und schützen – lesbische Mütter und queere Eltern nicht länger diskriminieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 20. Februar 2020
(Drucksache [20/282](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen zu den Gesetzentwürfen "Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfe-Gesetz)" und des „Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 2019 zum Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien“ für die sofortige Reform des Abstammungsrechts einzusetzen, so dass bei Frauenpaaren mit der Geburt ihres Kindes beide Mütter gemeinsam in der Geburtsurkunde stehen können. Folgende Aspekte sind bei der Reform zu beachten:
 - a) Das Samenspender-Register (DIMDI/SaRegG) soll für nicht-institutionelle Samenspenden geöffnet werden.
 - b) Außerdem soll die rechtliche Zuordnung von Eltern zu ihren Kindern im Geburtenregister und den Geburtsurkunden künftig geschlechtsneutral erfolgen und § 1591 im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geändert werden in: „Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat.“ Wer mit der Person, die das Kind geboren hat, verheiratet oder verpartnert ist, gilt als zweiter Elternteil des Kindes.
 - c) Auch die Eintragung der aktuell geführten Vornamen von Eltern in die Geburtsurkunden ihrer Kinder muss obligatorisch werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hilfsweise zusätzlich im Rahmen der Beratungen zum Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums "Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfegesetz)" auf die Streichung der verpflichtenden Beratung für Frauenpaare hinzuwirken, um eine Verschlechterung der ohnehin nachteiligen Situation für die Wunschkinder und ihre Mütter zu verhindern, sollte die Reform des Abstammungsrechts nicht rechtzeitig umgesetzt werden.

Nr. 20/145

Impfen heißt Prävention – Kinder in Bremen und Bremerhaven aktiv vor Masern schützen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/187](#))

Die Ziffern 1 und 2 des Antrags wurden vom Antragssteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 3 bis 5 des Antrags ab.

Nr. 20/146

Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz.

Nr. 20/147

Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderungen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 4. Februar 2020
(Drucksache [20/260](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine rechtliche Grundlage für einen Weiterbezug der Assistenzleistungen und damit zur Sicherung der Versorgungskontinuität im Krankenhaus für alle Assistenznehmerinnen und Assistenznehmer geschaffen wird – unabhängig davon, nach welchem Modell die beanspruchten Assistenzleistungen organisiert sind;
2. der Bürgerschaft ist innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/148

Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/288](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Nr. 20/149

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Messerangriffe in Polizeilicher Kriminalstatistik aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2020
(Drucksache [20/266](#))
2. Wahlversprechen und Koalitionsvertrag einhalten – Modellprojekt für Cannabis schnellstmöglich auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2020
(Drucksache [20/280](#))
3. Antifeminismus vehement entgegenreten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen der SPD und DIE LINKE
vom 21. Februar 2020
(Drucksache [20/283](#))